

## **Gegner der neuen B178 wollen vor Gericht ziehen**

### **Die Initiative schneller Ausbau der B178 (ISA) will Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen. Ihre Argumente seien ungehört geblieben.**

Obercunnersdorf

„Wir waren allein gegen 200 Millionen Euro für die Straßenbaulobby und haben deshalb vor dem Bundesverwaltungsgericht verloren“, sagte Günter Schäfer, Vereinsvorsitzender der Initiative Schneller Ausbau der B178 e.V. (ISA) vor rund 60 Mitgliedern und Gästen auf der Gesamtmitgliederversammlung am Donnerstagabend in Obercunnersdorf. Hier zog er noch einmal Bilanz bisheriger Bemühungen um den Ausbau der bestehenden Strecke.

Auch wenn der Verein vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVG) verloren habe, gelte es weiter zu machen. Während des Gerichtsverfahrens seien die Kläger mit ihren Argumenten zum Naturschutz überhaupt nicht gehört worden, hieß es. Der von ihnen beauftragte Gutachter habe in der Verhandlung einige Versäumnisse der Planungsbehörde benannt, die eigentlich noch einmal zu untersuchen gewesen wären. Das Gericht bemängelte aber, die Kläger hätten bei der Anhörung im Planfeststellungsverfahren nicht im einzelnen die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aufgezählt.

CO<sub>2</sub>-Ausstoß nimmt zu

Die Neubauegegner sehen sich in ihrem grundgesetzlich geschützten Anspruch auf Gehör verletzt. Sie wollen nun Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen. Auch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sei möglich, informierte der von der Initiative beauftragte Rechtsanwalt Cornelius Hartmann.

Verkehrspolitisch zweifelt die ISA das Neubauvorhaben weiterhin an. Der Neubau, so hieß es, würde eine einmalige Landschaft ohne sachlich fundierte Gründe beschädigen. Dazu zählen unnötige Flächenversiegelungen durch das Auftragen von Beton, zusätzliche Lärm- und Staubbelastung zum Beispiel für einen Teil der Bewohner von Ruppertsdorf und die Zerstörung von Biotopen. Betroffen wäre auch der Umsatz der Einzelhändler in Herrnhut. Fragen im Zusammenhang mit Wassereinzugsgebieten seien noch gar nicht untersucht worden.

Ein bisher nur geringfügiger Anstieg des grenzüberschreitenden Verkehrs nach der Umsetzung des Schengener Abkommens diene als Vorwand für den Neubau. Dabei hätte der Ausbau der alten B 178 ein Beispiel für eine schonende Verkehrsführung sein können, wie dies zum Beispiel im nördlichen Teil des künftigen Großkreises Görlitz bei der B 115 und B 156 erfolgreich praktiziert werde. Die Streckenführung mit der B 178 neu bedeute einen höheren Kraftstoffverbrauch und damit zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Durch die weitere Bodenversiegelung werde zudem der Wuchs von Pflanzen eingeschränkt. Generell bestehe angesichts der abnehmenden Bevölkerung in der Oberlausitz kein Bedarf für den überdimensionierten Ausbaustandard der neuen B 178.

All das bekräftigt die ISA auch in einer Erklärung, die sie am Donnerstag verabschiedete und allen politisch Verantwortlichen zuleiten will. Jetzt sei kontinuierliche Kleinarbeit gefragt. Denn laut Günter Schäfer sieht sich der Verein weiterhin in der Verantwortung, vernünftige, sparsame und nachhaltige Verkehrslösungen zu propagieren und zu verwirklichen. Die Bürger sollten deshalb bei den Wahlen im Juni sehr genau prüfen, welcher Kandidat für eine vernünftige Klima- und Verkehrspolitik in der Oberlausitz eintritt.

## Naturschutz bleibt Thema

Wo Flächenversiegelung schädliche Auswirkungen habe und der Naturschutz betroffen ist, werde der Verein das auch künftig juristisch verfolgen, hieß es. Gleichzeitig soll bei den weiteren Abschnitten der B 178 die Frage des Naturschutzes stets erneut geprüft werden. Auch eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission in Brüssel zum Thema Vogelschutzgebiete sei bereits eingereicht, wurde den Mitgliedern und Gästen mitgeteilt.

Andreas Herrmann